

INEP Institut – Institut für nachhaltiges Energiemanagement,
Politik, Risiko und soziale Innovationen
Am Immenberg 1
31311 Uetze

Teilweise entstammen die folgenden Aussagen einzelnen Landesprogrammen und sind nicht Beschlusslage der Bundespartei. Sie erscheinen uns jedoch insbesondere im Hinblick auf den zeitlichen Horizont als angemessen, sie zu benennen.

Horizont 2017: Zentralität versus Dezentralität

Der Ausstieg aus der Atomenergie und die Energiewende sind politisch beschlossen. Nun bedarf es einer ökonomisch, ökologisch und sozial verträglichen Gestaltung der energiepolitischen Umstrukturierung. Dies betrifft in erster Linie die Energieversorgung und somit primär Fragen der Energieproduktion und -verteilung, die Bürgerinnen und Bürger, Kommunen sowie die Großindustrie, den Mittelstand und die Landwirtschaft gleichermaßen betreffen. Die Energieversorgung hat sich in den letzten Jahren in Deutschland sichtbar verändert, und zwar hin zur dezentralen regenerativen Energie. Durch diese Entwicklung bewegen wir uns heute im Spannungsfeld von Zentralität und Dezentralität, d.h. im Spannungsfeld zwischen zentraler Energieversorgung in Großkraftwerken und dezentral produzierter Energie in kleinräumig verteilten Anlagen. Allerdings bedarf es sowohl bei Zentralität als auch bei Dezentralität infrastruktureller Maßnahmen, was bei ersterer Zielsetzung Netzausbau bedeutet und bei letzterer mit deutlichen Zeichen in der Landschaft (z.B. Windkraft) und auf den Dächern verbunden ist. Ein weiterer bedeutender Unterschied in den beiden Zielsetzungen liegt in der Finanzierungs- und Kostenstruktur und damit wird die gesamte Debatte zu einer Verteilungs- und Gerechtigkeitsfrage.

Deutschland kann sich in der Energieversorgung zentral und dezentral aufstellen, möglich ist entweder das eine, das andere oder aber beides. Hierfür sind die politischen Entscheidungen zu treffen. Dass die Energie der Zukunft die Erneuerbare ist, ist klar und politisch beschlossen, unklar ist, in welchem Ausmaß die zukünftige Energiestrategie zentral oder/und dezentral ausgerichtet ist.

1. Wie sieht Ihre zukünftige Energieversorgung für Deutschland aus?

Wir Piraten wollen so handeln, dass auch unsere Kinder und Enkel in einer lebenswerten Umwelt aufwachsen. Daher orientieren wir unsere Umweltpolitik konsequent an den Rechten und dem Erhalt der notwendigen Ressourcen für nachfolgende Generationen.

Wir Piraten treten für umweltschonende, preisgünstige und vor allem dezentrale Energieversorgung ein. Fossile, degenerative Energiequellen, wie Kohle-, Erdgas- und Kernenergie sollen schnellstmöglich durch generative und regenerative Energiequellen ersetzt werden. Die Energiewirtschaft muss für die Menschen durchschaubar werden.

Generative Energiequellen wie Sonne und Wind kann man einfach verwenden.

Regenerative Quellen, wie Mais für Biogas, müssen nachhaltig bewirtschaftet werden. Es ist Augenwischerei, wenn mehr Energie zur Gewinnung eingesetzt wird als nachher herauskommt.

Kleine und große Stromerzeuger müssen gleichberechtigten Zugang zu den Netzen haben. Intelligente Netze und entsprechend große Speicherkapazitäten sind für den Umbau der Stromerzeugung notwendig. Dadurch darf es aber keinen großen Lauschangriff auf die Lebensgewohnheiten der Menschen geben: Datenschutz und Privatsphäre müssen für die Verbraucher zu jeder Zeit gewährleistet sein.

Bei der Stromversorgung sollen nach unseren derzeitigen Vorstellungen Wind und Photovoltaik die Hauptlast tragen, ergänzt durch Wasserkraft und Geothermie, wo dies aufgrund der Gegebenheiten Sinn macht, sowie Biogas, wo es nachhaltig erzeugt wird. In der Kombination mit Speichern verschiedener Technologien auf allen Ebenen wird Erzeugung und Verbrauch möglichst regionalisiert.

Erneuerbare Energien

Um in Zukunft weniger von konventionellen Energieträgern abhängig zu sein, streben wir schnellstmöglich 100% Anteil erneuerbarer Energien sowohl im Strom- als auch im Wärmesektor an. Bei der Stromerzeugung wollen wir durch verstärkte Forschungsanstrengungen im Bereich der EE-Technologien Verbesserungen erreichen und die Gesamtkosten hierfür weiter senken. Biomasseanlagen sollen vor allem aus Rest- und Abfallstoffen betrieben werden. Dabei darf die Energieerzeugung nie in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion treten oder zu einer Verknappung von Lebensmitteln führen. Wir werden die Forschung in diesem Bereich vorantreiben und die Förderung innovativer Modelle unterstützen. Solaranlagen sollen bevorzugt auf Gebäudedächern und Infrastrukturen (Bahntrassen, Autobahnen) errichtet werden, Flächenanlagen auf land- und forstwirtschaftlichen Flächen lehnen wir ab. Energie aus Wasserkraft soll ohne Gefährdung von Fischen mit Hilfe von Fischwegen gewonnen werden. Große Windkraftanlagen sollen nur in Gebieten mit überdurchschnittlicher Windhäufigkeit errichtet werden. Die Rodung von Wald und Errichtung von Windkraftanlagen in Naturschutzgebieten und Naturparks lehnen wir ab. Neue Anlagen dürfen nur auf freien oder bereits gerodeten Flächen errichtet werden und müssen naturverträglich sein, wozu in jedem Fall eine gesonderte Einzelfallprüfung nötig ist. Leise Kleinwindkraftanlagen auf Hausdächern sollen verstärkt gefördert werden. Für die Errichtung von Tiefen-Geothermieanlagen müssen Studien zur Technikfolgenabschätzung sicherstellen, dass keine Gefährdung, z.B. durch kleine Erdbeben, besteht.

2. Basierend auf Frage 1: Wie stellen Sie dabei die Versorgungssicherheit, u.a. in deutschen Industriestandorten, sicher?

Industriestandorte werden zum großen Teil abhängig von Energie aus anderen Regionen bleiben. Sie können mit Energie-Überschüssen aus regionalen Anlagen sowie durch Großanlagen, zum Beispiel durch Windparks vor der Küste versorgt werden. Gegenüber den dadurch fälligen Stromautobahnen ist die Bereitstellung von Speichertechnologie vor Ort an den Industriestandorten oder als weitere Alternative die Errichtung von großen KWK-Anlagen zu prüfen.

Das bereits vorhandene Erdgasnetz und die dazu gehörenden Speicher stellen mittelfristig eine gute Basis für die Entwicklung eines Langzeitspeichers dar. Synthesegas wird mit Überschussstrom erzeugt und steht sowohl zur Energiespeicherung, als auch als Grundstoff für Treibstoffe und die chemische Industrie zur Verfügung.

Ergänzt wird dies durch weitere Speichertechnologien, die bereits für den Einsatz bei Spitzenlasten oder auch als kurzfristige Großspeicher rentabel sind. Nun geht es darum, den Ausbau dieser Anlagen gezielt zu stärken, um die sich ergebende Preisdegradation bei steigender Anlagenzahl einzuleiten und so den Ausbau wiederum weiter attraktiv zu machen.

Ein weiteres Merkmal zeitgemäßer Energiepolitik ist die Dezentralisierung der Energieerzeugung. Sie hat neben der Erhöhung der Sicherheit der Energieversorgung auch positive Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort. Da eine stärkere Dezentralisierung der Strom- und Wärmeerzeugung eine angepasste Infrastruktur voraussetzt, sind neue Speicher- und Verteilungstechnologien nötig. Wir werden deren Entwicklung und Einsatz verstärkt fördern. Zudem eröffnet heimische, lokale

Energiebereitstellung Chancen zur eigenen Wertschöpfung gegenüber den derzeitigen Ausgaben in Höhe von rund 100 Milliarden Euro für fossile Brennstoffimporte jährlich.

3. Basierend auf Frage 1: Wie sieht ihr Finanzierungsplan für die Wende aus? Wer trägt welche infrastrukturellen Ausbaukosten?

Wichtige Infrastruktur gehört nach Ansicht der Piraten unter staatliche Kontrolle. Wenn der Staat Zuschüsse gibt, dann müssen ihm auch die finanzierten Anteile gehören. Besonders auf regionaler Ebene setzen wir uns dafür ein, die Netze wieder in Bürgerhand zu überführen.

Bei einer dezentralen Energiewende halten sich die Ausbaukosten für Netze sehr in Grenzen. Große Fernstrecken werden im Wesentlichen noch für Industrie und Export und Transit benötigt. Die Kosten für Infrastruktur jenseits der öffentlichen Hand sind durch die Nutzer zu finanzieren.

Für die Investitionen in Anlagen stehen im privaten Sektor genügend Finanzmittel zur Verfügung, die bei günstigen und verlässlichen Rahmenbedingungen aktiviert werden. Das hat sich bereits in der schnellen Entwicklung von Wind und Photovoltaik durch das EEG gezeigt.

4. Wie und durch welche Maßnahmen wollen Sie den Strukturwandel in der Energiewirtschaft politisch lenken?

Denkbar wäre, eine Grundmenge an Energie günstig jedem Bürger zur Verfügung zu stellen, darüber hinausgehenden überdurchschnittlichen Verbrauch dafür stärker zu besteuern. Das würde energieeffiziente Techniken fördern und gleichzeitig ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Energie eine begrenzte Ressource ist.

Alternativ wäre es wichtig und richtig, den realen, volkswirtschaftlich wirksamen Erzeugungspreis für Energie zu ermitteln und ausgehen von diesem Preis als Referenzpreis, der als Mindestpreis am Markt fungiert, Förderungen und Verteuerungen je nach Herkunft gezielt zur Entwicklung hin zu rein generativer Erzeugung in die Wege zu leiten. Komplementär dazu wäre eine Umwandlung aller Energie- und Mineralölsteuern in eine Primärenergiesteuer ein zielgerichtetes Mittel.

Die Kosten der fossilen Energieträger sollen internalisiert werden. Das kann zum Beispiel geschehen, indem man die CO2-Zertifikate verknüpft und Gebühren auf die Grundwasserentnahme durch Tagebaue erhebt.

Die Strombörse muss umstrukturiert werden, negative Strompreise sollen nicht mehr über die EEG Umlage finanziert werden.

Energieeffizienz soll gefördert und gefordert werden. Die Reduzierung der EEG Umlage für energieintensive Betriebe soll davon abhängig gemacht werden, welche Maßnahmen sie ergreifen, um ihre Energieeffizienz zu steigern und ihren Verbrauch flexibler zu gestalten.

Maßnahme Kostentransparenz

Traditionelle Energiegewinnung aus Kohle oder Kernspaltung wird durch staatliche Zuschüsse sowie durch die staatlich finanzierte Zwischenlagerung des Atommülls subventioniert. Folgekosten und Umweltschädigung durch jede Form von Energiegewinnung müssen Politik und Betreiber dem Bürger transparent machen. Bei der Bewertung neu zu errichtender Energieerzeugungsanlagen muss die Politik diese Kosten für jeden Bürger transparent mit in die Rechnung einbeziehen. Außerdem müssen Kraftwerksbetreiber verpflichtet werden, verursachte Schäden und Folgekosten, darunter ausdrücklich Ewigkeitsschäden, zu tragen. Ist die zukünftige Finanzierung dieser Kosten nicht abgesichert, darf ein solches Kraftwerk nicht gebaut werden. Auch im Hinblick auf Laufzeitverlängerungen müssen diese Kosten mit eingerechnet werden.

Maßnahme Energieplanung und Risikobewertung

Wir begrüßen die Einrichtung von Energieagenturen, die langfristige Energiekonzepte erstellen, Kompetenzen auf Landesebene bündeln und die Zusammenarbeit aller Beteiligten im Energiesektor fördern. Die Bewertung der Risiken von sämtlichen Formen der Energiegewinnung muss auf eine einheitliche Bewertungsbasis aller Kostenfaktoren gestellt werden, um sie schon bei der Planung berücksichtigen zu können. Zur Absicherung sämtlicher damit verbundenen Gefahren und eventueller Langzeitfolgen soll eine Haftpflichtversicherung für sämtliche Formen der Energiegewinnung vorgeschrieben werden. Findet sich dafür kein Versicherungsträger in der Versicherungswirtschaft, kann die betreffende Form der Energiegewinnung kein Bestandteil unserer Energieprogramme sein. Die Betreiber solcher Unternehmen haften unbegrenzt und haben entsprechend Rücklagen aufzubauen oder den Betrieb einzustellen.

Maßnahme Netzneutralität bei Energienetzen

Um für erneuerbare Energien einen wettbewerbsfreien Zugang zu garantieren, der nicht durch Monopolinteressen beeinflusst wird, streben wir eine eigentumsrechtliche Entflechtung der Energienetz-Infrastruktur an. Dazu gehört, dass die Netze möglichst kommunalisiert bleiben beziehungsweise werden.

5. Wie können Kombilösungen aus zentral und dezentral aussehen?

Das Versorgungsnetz ist in seiner aktuellen Ausbaustufe theoretisch in der Lage, doppelt so viel in jeder Gemeinde zentral erzeugten Strom zu verkraften wie derzeit verbraucht wird. Es wäre also möglich, die vor Ort nicht verbrauchte Hälfte dieser dezentral erzeugten Kapazität über die vorhandenen Leitungen in das Netz einzuspeisen, um damit andere Orte mit zu versorgen.

Als zentrale Anlagen in einer nachhaltigen Energieversorgung bieten sich in erster Linie Gaskraftwerke und Großspeicher an. Diese ergänzen die Vielzahl an dezentralen Anlagen.

Zentralität und Dezentralität unterscheiden sich durch das Verhältnis von Reichweite des Energietransports zur lokalen, naheliegenden Energieabnahme. So kann ein Kernkraftwerk mit 1,5 GW mitten in Berlin durchaus als dezentral bezeichnet werden, während ein GuD-Kraftwerk mit 500 MW in Augsburg klar zentral ist. Ein Konzept von dezentraler Energiebereitstellung für die Vollversorgung von beispielsweise fünf Kilometern Umkreis wäre ökologisch sinnvoll, wenn es rein generative Energiebereitstellung wäre. Ansonsten müssten die Primärennergieträger (Kohle, Gas, Öl, Holz) herbeie transportiert werden. Darüber hinaus gilt es, die Versorgungssicherheit der gesamten Bevölkerung und der Industrie zu gewährleisten. Das bedeutet: Ist ein Nukleus der dezentralen Versorgung beispielsweise von sechs Selbstversorgern umgeben, so sollten diese zusammen so viel Mehrkapazität haben, dass sie den betreffenden Nukleus bei Ausfall dessen Systems sicher mitversorgen können.

Das bedeutet letztlich: Dezentralität ist keine Frage der Kraftwerksgröße, sondern eine Frage der Leistungsdichte und des Energiebedarfs in Bezug auf den Bedarf der Einwohner und Wirtschaftsunternehmen in der Umgebung des Kraftwerksstandorts beziehungsweise des Sammelpunkts naheliegender, generativer Erzeuger. Deshalb kann eine dezentrale Energieversorgung als Konzept niemals von Berlin aus gesteuert und geplant werden.

Kombilösungen aus zentraler und dezentraler Energieversorgung sind mithin eine Frage der Interpretation dessen, was unter den Begriffen "zentral" und "dezentral" genau zu verstehen ist. Es geht letztlich um wohnort- und standortnahe Energiebereitstellung, die ausreichend vernetzt sind. Und nicht um Kombilösungen.

6. Vor dem Hintergrund einer ökonomisch, ökologisch und sozial verträglichen Wende, wie stellen sie die Sozialverträglichkeit Ihrer Vorhaben sicher?

Wenn sie auf die Problematik der Belastung niedriger Einkommen durch Verbrauchssteuern und die Diskussion über die Steuerfreistellung eines bestimmten Grundbedarfs, dann gibt es hierzu noch keinen Beschluss. Allerdings bietet das Konzept des Sockeleinkommens eine Möglichkeit einen derartigen Freibetrag verwaltungsarm einzuführen. Entsprechendes ist in Diskussion.

Die aktuelle Schieflage bei den Energiekosten entsteht zum großen Teil durch die Abwehrreaktionen der etablierten Energieindustrie und der daraus resultierenden Verzögerungen im Strukturwandel. Wir fordern die Energiewende solidarisch zu finanzieren und auch die Ergebnisse solidarisch zu verteilen. Momentan fließen die Vorteile nur zu wenigen großen Unternehmen und die Finanzierung passiert durch die Allgemeinheit.

Vernetzte Umweltpolitik

Umweltpolitik kann langfristig nur Erfolg haben, wenn die Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und das Zusammenspiel unterschiedlicher Politikbereiche berücksichtigt werden. Dazu gehört insbesondere die Verbindung der Umweltpolitik mit Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, u.a. Bildungspolitik, Gesundheitspolitik, Landwirtschaft, Energiewirtschaft und Infrastrukturpolitik.

- Sämtliche Subventionen für Kohle, Gas, Kernenergie, Öl und auch der mit Nahrungsmitteln konkurrierenden Biomasse sind abzuschaffen.
- Ein Referenzpreis für Strom ist zu ermitteln.
- Förderfähig ist nur noch Stromerzeugung, die über dem Referenzpreis produzieren kann und gleichzeitig rein generativ ist. Dazu kommt Biomasse aus landwirtschaftlichen Abfällen.
- Alle Energiesteuern sind in eine direkt zu erhebende Primärenergiesteuer zu überführen, die auf die eingesetzte Primärenergie abstellt. Beispiel: Kohlestrom aus Kohle wird mit einer Effizienz von 33 % erzeugt. Der Primärenergiefaktor wäre beispielsweise für Kohle 1,3 mal Effizienz von 3. Bei einem Primärenergiesteuersatz von beispielsweise 2 Cent/kWh käme eine kWh Kohlestrom auf eine Primärenergiesteuer von $2 \times 1,3 \times 3 = 7,8$ Cent. Kostet der Kohlestrom wie aktuell in der Erzeugung 2,7 Cent/kWh, dann beträgt der Markteingangspreis vor Handel, Transport, Mehrwertsteuer, EEG-Umlage, Netzentgelten und Grundgebühren 10,6 Cent/kWh.

Liegt der Referenzpreis bei 12,5 Cent/kWh, dann wäre ein Marktausgleichsaufschlag von 1,9 Cent fällig, der zur Finanzierung der Energiewende und zur Unterstützung von Effizienzmaßnahmen der Industrie und des Gewerbes verwendet werden würde. Denn die Industrie denkt immer noch zu sehr in den Kriterien des billigen Einkaufs und so gut wie gar nicht in Kriterien der Effizienz. Steigt der Strompreis für einen Betrieb um zehn Prozent, dann soll er mit Nachdruck angehalten werden, zehn Prozent weniger für seine Produktion aufzuwenden statt mit Spenden an gewogene Parteien wettbewerbswidrige Ausnahmeregelungen für seine Branche zu schaffen.

7. Kann oder muss Energiepolitik und Sozialpolitik zusammen gedacht werden? Warum ja, warum nein?

Mit der Vision des Bedingungslosen Grundeinkommens decken wir Sozialpolitik und Steuerpolitik gemeinsam ab. Soweit es sich bei Energiepolitik um Steuerpolitik handelt und Energie zur Sicherung der Existenz notwendig ist, wird es immer berücksichtigt.

Wie jedes andere Politikfeld hängt die Energiepolitik nicht isoliert in der Luft. Wir brauchen eine tragfähige und zukunftssichere Energiepolitik genau so dringend wie eine tragfähige und zukunftssichere Sozialpolitik. Eine Fehlentwicklung im sozialen Bereich durch eine Fehlentwicklung in einem anderen Bereich kompensieren zu wollen, führt mittelfristig zu einem größeren Problem in allen Bereichen.

Energie muss für die Bürger bezahlbar bleiben, aber nicht nur kurzfristig, sondern langfristig. Wir dürfen den notwendigen Wandel der Energiewirtschaft nicht verzögern aus Angst vor vermeintlichen Kosten, sondern müssen ihn konsequent vollziehen und dabei darauf achten, dass er nicht von einzelnen Interessengruppen dazu missbraucht wird, sich auf Kosten des Gemeinwohls zu bereichern.

8. Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer Ihrer Energiestrategie für Deutschland?

Die Gewinner sind eindeutig die Bürger, die zu bezahlbaren Preisen und mit transparenten Strukturen eine dezentrale Energieversorgung bekommen. Verlierer wären die momentan noch marktbeherrschenden Energieriesen. Gewinner werden auf lange Sicht aber auch die Unternehmen sein, besonders kleine und mittlere Unternehmen, da die Umstellung auf generative Energie vor Ort in dezentralen Strukturen besonders aus Photovoltaik und Windkraft für langfristig stabile, marktstressfeste und sogar sinkende Preise sorgen wird.

9. Wer braucht die stärkste Lobby in diesem Veränderungsprozess, um das Ziel einer ökonomisch, ökologisch und sozial verträglichen Energiewende zu erreichen, die internationale Ausstrahlungskraft haben könnte?

Wir stehen dem Konzept Lobby sehr kritisch gegenüber. Gerade der Lobbyismus verhindert derzeit eine solche Energiewende. Vielmehr möchten wir die Bürger in die Lage versetzen, die notwendigen Schritte zu verstehen, und sie am Entscheidungsprozess beteiligen. Die Energiewende muss gesamtgesellschaftlich getragen werden, damit sie zu einem Erfolg wird.

Horizont 2020: Effizienz, Einsparung, Ausbau der Erneuerbaren – eine zentrale oder dezentrale Gesellschaft?

Die zur Umsetzung der Energiewende notwendigen Maßnahmen zielen auf den Ausbau der Erneuerbaren, die Steigerung der Effizienz und die Ausschöpfung der Einsparpotenziale. Während diese Zielsetzungen meist nur im energiepolitischen Kontext diskutiert werden, bedarf es aufgrund ihrer weitreichenden Auswirkungen auf die Gesellschaft einer intensiveren Debatte im gesellschaftlichen Kontext. Eine politische Entscheidung für Dezentralität oder Zentralität bedeutet wesentlich mehr als lediglich ihre energiepolitische Reichweite. Ausbau-, Effizienz- und Einsparmaßnahmen beeinflussen eine Bandbreite gesellschaftlicher Arbeits- und Lebensbereiche. Im Fokus stehen dabei die Bereiche Wohnen, Mobilität und Ernährung. Man bedenke z.B. die dadurch ausgelösten Innovationsprozesse in der Automobilindustrie hin zu verbrauchsarmen und alternativen Motorisierungen, die Gebäudesanierung im privaten, öffentlichen und industriellen Bereich oder den Trend regionaler Produkte. Von gesellschaftspolitischer Bedeutung und verbunden mit diesen Zielsetzungen der Energiewende sind die dabei entstehende Wertschöpfung und ihre Verankerung, die Branchenveränderungen und die Arbeitsmarkteffekte.

Dezentralität bedeutet auch eine Wiederbelebung des ländlichen Raumes. Nachhaltigkeit dezentral bedeutet, dass gesellschaftliche Strukturen so geschaffen und konzipiert sind, dass ökonomisch, ökologisch und sozial verträglich Leben und Arbeiten an einem Ort möglich sind. Das gilt sowohl

für Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und Leben im ländlichen Raum oder für Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor und Leben in Ballungszentren als auch für Arbeitsplätze in der Industrie und Leben in Industriestandorten und peripheren Zentren. Es reicht demnach nicht aus Energieversorgung zentral oder dezentral sicherzustellen, sondern bedarf einer Industrie- und Mobilitätspolitik, die Unternehmensniederlassungen dort bewirkt, wo die Gesellschaft sie braucht und dadurch Transferwege verkürzt, einer Agrarpolitik, die ländliche Strukturen erhält und den ländlichen Raum belebt und einer Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die Frauen und Männern gleichermaßen Beschäftigung und Familie ermöglicht und für Kinder und Alte Erziehung, Vorsorge und Pflege sicherstellt, und dies sowohl in der Stadt als auch auf dem Land.

1. Bereich Wohnen: Wie gehen Sie mit der Gebäudesanierung um, um die Effizienz und Einsparziele zu erreichen und welche politischen Lenkungsinstrumente sind erforderlich um die dabei entstehenden Investitionskosten und Folgekosten (z.B. Mietpreise) in den Griff zu bekommen?

Technisch betrachtet hat die Gebäudesanierung inzwischen mit der EnEV2009 hinsichtlich der Qualität der Gebäudehüllen und der Lüftungsverluste bereits ein Niveau erreicht, auf dem sich die Wärmeverluste mit einem vergleichbaren weiteren Aufwand über noch schärfere Grenzwerte kaum weiter reduzieren lassen. Statt wie bisher nach den beiden Kriterien "Qualität der Gebäudehülle (= Wärmeverlust) und Primärenergiebedarf zu fördern, sollte daher in Zukunft gezielt nur noch der Primärenergiebedarf als Förderkriterium herangezogen werden. Maßgabe einer Förderung sollte dabei sein, wie viel Primärenergie an oder in einem Gebäude für dessen Versorgung in Bezug auf den berechneten Endenergiebedarf aus erneuerbaren Energien bereit gestellt wird. Liegt der Primärenergiebedarf über 100 Prozent der Endenergie, gibt es keine Förderung. Für jeden Prozentpunkt darunter sollte es eine entsprechend gleich große Förderung auf den Rechnungszins der Sanierungsinvestition geben. Liegt der Primärenergiebedarf bei 0, so wird der komplette Rechnungszins der Investition zu 100 % gefördert.

Konkrete Effizienz- und Klimaschutz-Ziele bis 2020 hat die Piratenpartei bisher noch nicht erarbeitet. Wir bekennen uns jedoch ausdrücklich zu einem nachhaltigen Umgang mit unserer Umwelt. Deshalb wollen wir so handeln, dass auch in Zukunft die Grundlagen für eine würdige Existenz in Freiheit vorhanden sind. Voraussetzung dafür ist ein transparenter und verantwortungsvoller Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

In einer Online-Abstimmung haben sich 91 Prozent der befragten Piraten dafür ausgesprochen, dass die Programme von KfW-Bank und Energieagenturen zur Energieeinsparung und Effizienzsteigerung grundlegend auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Die Maßnahmen müssen stärker auf die Bedürfnisse der Verbraucher ausgerichtet werden, aber auch besser mit finanziellen Mitteln ausgestattet und verstetigt werden. Des Weiteren müssen die Programme zur energetischen Sanierung stärker darauf abzielen, die individuellen Einsparpotenziale zu maximieren, und es gilt, sie auf die Energieberatungsangebote auszuweiten. Durch bessere Förderprogramme können die Gebäudeeigentümer besonders im Hinblick auf steigende Energiepreise von der Wirtschaftlichkeit einer energetischen Gebäudesanierung überzeugt werden.

Die Piraten fordern laut einer Mitgliederbefragung eine Reform des Mietrechts, um die energiesparende Sanierung von Gebäuden für Vermieter und Mieter gleichermaßen zu erleichtern. Damit Sanierungskosten nicht auf die Mieter abgewälzt werden, dürfen Mieterhöhungen aufgrund energetischer Sanierungen nur so hoch ausfallen, wie sie durch Einsparungen beim Energieverbrauch nachweislich zur finanziellen Entlastung führen. Vermieter sollen im Gegenzug vor Mietminderung im Fall von energetischen Sanierungsarbeiten geschützt werden.

Unternehmen sollen gemeinsam mit unabhängigen Experten und Branchenorganisationen Energiespar- und Nutzungskonzepte entwickeln, um den Verbrauch zu senken und Energie, insbesondere Wärme, stärker als bisher kaskadenartig zu nutzen.

Zunächst ist es wichtig, die Forschung im Bereich des Energiebedarfs von Gebäuden stärker zu fördern. Energetische Sanierungen und energieeffiziente Neubauten müssen erschwinglich werden. Hierfür muss die Politik die Programme der KfW-Bank und der Energieagenturen grundlegend überprüfen und anpassen. Das Mietrecht sollte so reformiert werden, dass die energiesparende Sanierung von Gebäuden für Vermieter und Mieter gleichermaßen möglich ist. Unternehmen sollen gemeinsam mit unabhängigen Experten und Branchenorganisationen Energiespar- und Nutzungskonzepte entwickeln, um den Verbrauch zu senken und Energie, insbesondere Wärme, stärker als bisher kaskadenartig zu nutzen.

2. Bereich Mobilität: Wie sieht Ihre Strategie in der Mobilitätspolitik aus? Was kann und muss im öffentlichen Verkehrssystem getan werden, um seine Attraktivität zu erhöhen? Wie geht ihre Politik mit den steigenden Benzinpreisen um?

Wir sprechen uns gegen die Privatisierung von Verkehrsinfrastrukturen aus. Nur so können gleiche Zugangsbedingungen für alle Nutzer gewährleistet werden. Und nur so kann sichergestellt werden, dass Einnahmen aus Nutzungsentgelten in den Erhalt und gegebenenfalls in den Ausbau der Infrastruktur investiert werden. Darüber hinaus sieht die Piratenpartei im Fahrscheinlosen ÖPNV ein Schlüsselkonzept, um die Attraktivität öffentlicher Verkehrsmittel zu steigern, und damit und ihre Auslastung und die in der Praxis erzielte Energieeffizienz.

Der Unterhalt und der Neubau von Verkehrswegen muss nach vielfältigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Maßstäben erfolgen. Bauvorhaben müssen auch auf zukünftige Entwicklungen im gesamten Verkehrssystem hin geprüft werden.

Das bestehende Angebot des ÖPNV muss weiter ausgebaut werden. Weiterhin steht die Politik in der Verantwortung, Zugangshürden wie hohe Entgelte, komplizierte Entgeltstrukturen und Fahrzeuge mit physischen Barrieren massiv zu senken, um den ÖPNV auch außerhalb von Ballungsgebieten attraktiver zu machen. Wir setzen uns dafür ein, dass die verschiedenen Modelle für Fahrscheinlosen ÖPNV in Pilotprojekten getestet werden, und unterstützen die Entwicklung alternativer Mobilitätskonzepte.

Wir setzen uns für die Förderung verbrauchsarmer Mobilität ein. Ein kurzfristiger Ansatz zu umweltfreundlicherem Verkehr kann nur darin bestehen, den Verbrauch onsequent zu reduzieren. Erdöl durch Bio-Kraftstoffe zu ersetzen ist keine Lösung. Wir befürworten alternative Antriebskonzepte und alternative Energieträger ebenso wie Ansätze, den Verbrauch etablierter Technologien über Forschung und Entwicklung zu senken. Ebenso unterstützen wir die Erforschung und Anwendung ergänzender Ansätze wie den Einsatz moderner Telematik-Systeme oder die Entwicklung alternativer Verkehrskonzepte.

Von besonders hoher Bedeutung erscheint uns, die Schienenwege deutlich stärker auszubauen und zu elektrifizieren, um wesentlich mehr Güterverkehr als bisher auf die Schiene zu bringen.

Entsprechend gilt es, zugleich auch die Güterverladeinfrastruktur die Park&Ride-Parkplätze mit Stromladesäulen deutlich auszubauen, um im Bereich der Kurzstrecken einen Anreiz zu bieten. auf Elektrofahrzeuge umzusteigen.

3. Wie wollen Sie dem Ungleichgewicht zwischen ländlichem Raum und Stadt begegnen?

Zu den Problemen im ländlichen Raum gehören der Mangel an Breitband-Internetverbindungen, mangelhafte ÖPNV-Strukturen, die mangelnde ärztliche Versorgung sowie eine zunehmende Vergreisung durch Wegzug und demografischem Wandel.

Breitbandausbau

Regionen ohne Breitbandtechnologie sind nicht nur wirtschaftlich benachteiligt und haben einen Standortnachteil, sie drohen auch von der kulturellen, politischen und technischen Entwicklung abhängig zu werden.

Breitband-Internetverbindungen sollen wie Strom, Straßen, Telefon und andere Infrastruktur flächendeckend verfügbar sein.

Beim Bau und der Sanierung von Straßen müssen vorausschauend Leerrohre gelegt werden, um einen kostengünstigen Breitbandausbau zu ermöglichen. Wir wollen unversorgte Gebiete finanziell fördern, um den Ausbau voranzutreiben.

ÖPNV

Die Piratenpartei ist davon überzeugt, dass ein fahrscheinfreier ÖPNV nicht nur für die Gesellschaft, sondern auch für die Wirtschaft langfristig einen Gewinn darstellt. In ländlichen Gebieten wird eine verstärkte Nutzung des ÖPNV dazu führen, dass vormals schwach frequentierte Strecken wieder sinnvoll bedient werden können. Wie das Vorbild der belgischen Stadt Hasselt zeigt, sind solche Projekte in der Praxis realisierbar. Die Piratenpartei fordert eine Analyse der Machbarkeit eines fahrscheinfreien ÖPNVs auch im ländlichen Raum. Wir setzen uns dafür ein, zunächst ein oder mehrere Pilotprojekte umzusetzen, die wissenschaftlich begleitet werden sollen.

Ärztliche Versorgung

Die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland haben ein Anrecht auf eine angemessene Gesundheitsversorgung. Dazu gehört auch, dass gemeindenah beziehungsweise wohnortnah ausreichend Ärzte aller Fachrichtungen vertreten sind. Die Bedarfsplanungen für Vertragsärzte müssen unter Einbeziehung der regionalen Gegebenheiten eine ausreichende Zahl von Vertragsärzten in sinnvoll gegliederten und homogen strukturierten Versorgungsgebieten vorsehen. In ländlichen Regionen mit Unterversorgung ist auch das Modell mobiler Arztpraxen und die Anstellung von Ärzten durch die Kommune eine sinnvolle Ergänzung. (Wahlprogramm Bund)

Die vorgenannten Themen sowie die angestrebte Rekommunalisierung von Stromnetzen und anderer zur Daseinsvorsorge gehörender Infrastruktur machen den ländlichen Raum insgesamt attraktiver. Gegen die Auswirkungen des demografischen Wandels sind aber weitere Maßnahmen erforderlich, beispielsweise in der Bildung. In den ländlichen Grundschulen wäre eine Einführung von Jahrgangsbürgereidem Lernen (JüL, 1. und 2. Klasse werden zusammen unterrichtet) denkbar, das erfordert allerdings ein hohes Maß an pädagogischem Können.

4. Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um den ländlichen Raum für Arbeit und Leben attraktiv zu machen und welche gesellschaftliche Zielgruppe haben Sie dabei im Fokus?

Die Grundversorgung muss gewährleistet sein. Schon heute fliehen junge Menschen aus Dörfern ohne Internetanschluss. Auch können sich IT-lastige Firmen, die prinzipiell freie Standortwahl

haben, nicht dort ansiedeln. Zur Grundversorgung gehört beispielsweise auch ein flächendeckender ÖPNV mit einer nutzbaren Taktung.

Eine umfassende Sanierung und Erdverkabelung der bestehenden Dachanschlüsse von Gebäuden in ländlichen Regionen bietet die Möglichkeit, gleichzeitig entsprechend leistungsfähige Datenleitungen an die Gebäude zu legen.

Um der aktuellen Entwicklung im ländlichen Raum entgegenzuwirken werden dort junge Familien mit Kindern gebraucht. Entsprechende infrastrukturelle Voraussetzungen, wie eine ausreichende ärztliche Versorgung, wollen wir ausbauen.

5. In welchen Branchen und wo sehen Sie die Arbeitsplätze 2020? Was wird wachsen, räumlich und am Arbeitsmarkt?

Erneuerbare Energien und energieeffiziente Produkte sind bereits jetzt ein wichtiger Faktor für die deutsche Wirtschaft. Diese und die damit verbundenen Branchen werden weiter wachsen, insbesondere im Bereich der dezentralen Energieversorgung.

Betreuung und Pflege sind Bereiche, in denen schon jetzt Arbeitskräftemangel besteht. Dem muss in einer stetig älter werdenden Gesellschaft mit der Attraktivitätssteigerung der Arbeitsplätze begegnet werden.

6. Wer sind kurz- und langfristig die Gewinner und wie lassen sich die Verlierer mitnehmen?

Die technologische Entwicklung ermöglicht es, dass nicht mehr jede monotone, wenig sinnstiftende oder sogar gefährliche Aufgabe von Menschenhand erledigt werden muss. Wir sehen dies als großen Fortschritt, den wir begrüßen und weiter vorantreiben wollen. Daher betrachten wir das Streben nach absoluter Vollbeschäftigung als weder zeitgemäß noch sozial wünschenswert. Stattdessen wollen wir uns dafür einsetzen, dass alle Menschen gerecht am Gesamtwohlstand beteiligt werden und werden dazu die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens prüfen.

Horizont 2050: Langfristige Perspektive – Szenarien für Deutschland

Die Energiewende ist ein Experiment und Deutschland ihr Labor. Allerdings ist die ökologische Wende allein nur ein Teil der großen gesellschaftlichen Transformation, deren Strukturwandel und Veränderungsprozesse unsere Gesellschaft nachhaltig verändern werden. Diese Zeit ist Herausforderung und Chance gleichermaßen, je nachdem wie wir den gesellschaftlichen Wandel in Deutschland zu gestalten verstehen.

Wir fragen deshalb nach der Zukunft, denn schon heute sind die Leitplanken und Meilensteine dafür zu legen. Die Zukunft Deutschlands ist im internationalen Kontext zu sehen, im Kontext von Globalisierung, internationalem Wettbewerb und der Entwicklung der Schwellenländer (BRICS). Die Zeit der Massenfertigung in Deutschland ist vorbei, die Bildungs- und Wissensgesellschaft ist angekommen. Hier stellt sich die Frage, was passiert mit all jenen die in einer Wissensgesellschaft keinen Platz finden? Wie muss ein Bildungssystem aussehen, um möglichst vielen Menschen einen Platz zu geben? Und unter dieser Bedingung muss sichergestellt werden, dass jener Teil der Beschäftigten, der das Land voranbringt, soviel verdient, dass er die anderen mitnehmen kann. Voraussetzung für das Gelingen eines dergleichen Gesellschaftssystems ist eine funktionierende

Umverteilung. Und erneut stellen Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen, die zentrale Herausforderung dar.

1. Wohin entwickeln wir uns in Industrie und Gesellschaft?

Die klassische Industrie hat längst ihren Zenit überschritten. Nicht nachwachsende Rohstoffe neigen sich dem Ende zu, nur durch die Entwicklung und Verfeinerung sinnvoller Recyclingketten kann das Material gewonnen werden, das zur Herstellung neuer Produkte benötigt wird. Daher wird die Recycling-Industrie einen wesentlich höheren Stellenwert haben, als dies heute der Fall ist. Mülldeponien werden abgetragen und nach Verwertbarem durchforstet. Und es wird jedem Gramm Altstoff nachgetrauert, welcher in früheren Zeiten unwiederbringlich in der thermischen Verwertung auf immer und ewig verlorengegangen ist.

Als Folge davon werden die Produkte wieder langlebiger. Denn schon lange ist nicht mehr Geiz der Antriebsfaktor. Vielmehr zählt Qualität. Die Gesellschaft kann es sich wieder leisten, für langlebige Konsumartikel mehr zu zahlen. Sie hat das Bedingungslose Grundeinkommen zur Verfügung und somit einen Grundstock, der mit dem hinzu verdienten Geld derartige Investitionen ermöglicht.

Daran führt auch gar kein Weg vorbei. Durch den Abbau der industriellen Arbeitsplätze müssen sich Millionen Menschen beruflich neu orientieren. Viele finden ihre Erfüllung nun in der von der Gesellschaft honorierten Pflege von Angehörigen, der Hingabe an Kunst und Kultur, dem Engagement im ehrenamtlichen Bereich.

Gewinne werden im Dienstleistungssektor, der kaum auf Rohstoffe angewiesen ist, erwirtschaftet. Die Informationstechnik hat Möglichkeiten entwickelt, wie sie vor wenigen Jahren noch nicht denkbar waren. Dies geschieht auch aus dem demographischen Wandel heraus. Immer mehr "Alte" können nur bedingt von immer weniger "Jungen" versorgt werden. Hier bleibt gar kein anderer Weg, als dies mit Mitteln der modernen Technik zu unterstützen.

Denn die Geburtenrate ist aufgrund der fehlgesteuerten Familien- und Bildungspolitik des beginnenden 21. Jahrhunderts weit hinter der Regenerationsrate zurückgeblieben. Was aber auch seine Vorteile hat: Da ohnehin eine Situation eingetreten ist, in der Vollbeschäftigung eine Illusion aus vergangenen Zeiten ist, käme es bei einer noch höheren Bevölkerungszahl zu sozialen Revolutionen.

Das aufgezeigte Szenario ist nur eine Möglichkeit. Allerdings die, die die Gesellschaft noch am stabilsten hält. Es wird nur dann Realität, wenn das Denken in monetären Größen, in der Bereitschaft, alles dem kurzfristigen wirtschaftlichen Erfolg unterzuordnen, dem Denken in größeren Dimensionen untergeordnet wird. Solange Politik in Legislaturperioden rechnet, ist sie ein Herumdoktern an Symptomen. Aber kein Ausgangspunkt für eine zukunftsfähige Gesellschaft.

2. Wo im globalen Wettbewerb bzw. in der globalen Wertschöpfungskette befindet sich Deutschland?

Die Bundesrepublik als Ganzes ist nicht ausreichend homogen, um eine pauschale Aussage zu treffen. Die Zugpferde unter den Bundesländern befinden sich im globalen Wettbewerb jedoch nach wie vor in vielen Bereichen vor allem der hochwertigen, emotionalisierenden Konsumprodukte und leider auch der Waffentechnologie im globalen Wettbewerb an dessen Spitze. Die Weltmarktanteile etlicher Mittelständler, aber auch von Schlüsselindustrien wie der Automobilindustrie steigen weiter. Dies gilt besonders auch für den Maschinenbau.

In der globalen Wertschöpfungskette befinden sich die Bundesländer gesamt eher in der mittleren Zone, Tendenz aber steigend, wie an der Konstanz der jährlichen Lohnsummen um ca. 1 Bio. Euro herum seit dem Jahr 2000 gegenüber der Steigerung des Bruttosozialprodukts von ca. 1,9 Bio. Euro in 2000 auf 2,6 Bio. Euro in 2012 zu erkennen ist. Diese Entwicklung zu Lasten der Sozialkassen ist eine Folge der grundlegenden Steuerreformen unter dem Bundeskanzler Gerhard Schröder. Die Kapitalerträge sind gestiegen, während relativ dazu die Lohnsummen konstant geblieben sind. Die Folge ist eine Verteuerung der Güter für Bezieher von Transfereinkommen. Rentner und Sozialleistungsabhängige verarmen schleichend.

3. Wie und auf welchen Feldern soll sich Deutschland im internationalen Wettbewerb „nachhaltig behaupten“ und wie kann Dezentralität nach innen zu sozialem Ausgleich beitragen?

Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Informationstechnologie, Medizintechnik, Robotik, Lasertechnik, Raumfahrttechnik - die Liste ist schier endlos. Und nur ansatzweise ist die deutschen Wissenschaftslandschaft und Industrie darauf eingerichtet. Noch immer ist ein Festhalten an den alt bekannten Industrien aus den Bereichen Automobil und Chemie bestimmend. Hier gilt es, baldmöglichst die Weichen in eine zukunftsorientierte Richtung zu stellen.

Die dazu momentan verfolgte Excellenzstrategie ist der falsche Weg. Da es in den Zeiten moderner Kommunikationstechnologie keine Rolle mehr spielt, wie weit entfernt zwei Forscher, Ingenieure oder Sachbearbeiter voneinander entfernt sind, ist die Arbeit in kleinen dezentralen Gruppen als effektiver anzusehen, als in Schwerpunkteinrichtungen. So können gewachsene soziale Bezüge aufrecht erhalten bleiben, ohne auf das berufliche Fortkommen verzichten zu müssen.

4. Wie kann Bildung zu Partizipation, Teilhabe und sozialem Ausgleich beitragen?

Kommunikation, Information, Wissen und Bildung formen die Grundlage unserer Gesellschaft und Kultur. Ihr Gesicht wird durch Bildung geprägt. Bildung ermöglicht den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, auf dem unser materieller und geistiger Wohlstand beruht. Sie setzt die Standards für unser Zusammenleben. Sie gibt Orientierung in einer komplexen Welt und schützt die Gesellschaft vor irrationalen Ängsten und leichtfertigen Vorurteilen. Bildung versetzt uns in die Lage, Herausforderungen zu meistern, Problemlösungen zu finden und – wenn nötig – den Kurs zu ändern. Wer die Bildung vernachlässigt, zerstört die Grundlage, auf der unsere Gesellschaft aufgebaut ist.

Durch den Wandel der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft zu einer global vernetzten Ideengesellschaft ist Bildung die wichtigste Ressource des Menschen geworden. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands und damit die sozialen, kulturellen und persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Bürger basieren auf dem allgemeinen Bildungsniveau sowie der persönlichen Qualifizierung jedes Bürgers. Die großen Herausforderungen der Zukunft, wie etwa Klimawandel oder Ressourenknappheit, sind nur durch technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen zu bewältigen. Dies erfordert ein sehr viel höheres allgemeines Bildungsniveau.

Die Ökonomisierung der Bildung ist eine Sackgasse. Bildung in Schule, Ausbildung, Studium gehört zur grundlegenden Daseinsfürsorge, die eine zentrale Aufgabe des Gemeinwesens ist. Das muss nicht notwendigerweise ein „Zentralstaat“ oder „Föderalstaat“ sein. Da lassen sich dezentrale, regionale Strukturen denken.

Deutlich wird diese veraltete Politik im Credo vom unbedingtem Erhalt des dreiteiligen Schulsystems in seiner jetzigen Form. Dass dieses zu mehr Ungleichheit führt als Gesamtschulen, in denen möglichst spät differenziert wird und der Schüler das Lerntempo vorgibt, zeigen inzwischen selbst Studien und Stellungnahmen der OECD, die Deutschland für seine Undurchlässigkeit rügen.

Wer Teilhabechancen verbessern will, muss eine politische Entscheidung treffen: Mehr Fördermaßnahmen für diejenigen in der Gesellschaft, die benachteiligt sind. Derzeit wird aber genau das Gegenteil gemacht Elitenförderung. Denjenigen, die schon gute Voraussetzungen haben, wird zusätzlich gegeben. „Leistung muss belohnt werden“ ist das eingängige Motto, nicht das Fördern von Potentialen.

Im „Chancenspiegel“, hat die Bertelsmann-Stiftung und das Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) an der Technischen Universität Dortmund erstmals die Schulsysteme aller Bundesländer auf Chancengerechtigkeit untersucht. Hier landet mein Bundesland Niedersachsen in der Dimension Durchlässigkeit in der unteren Gruppe. Dass es auch anders geht, zeigt Finnland. Hier ist das gegliederte Schulsystem schon seit 40 Jahren abgeschafft.

Aber in Deutschland verpassten wir die Chance zu einer Wende: Johannes Rau, damals Ministerpräsident von NRW, berief vor gut 30 Jahren eine Kommission zur Zukunft der Bildung und der Schule ein. Seit 1995 liegt der Bericht vor [1]. Hat sich etwas getan? Ja: Wir sind heute weiter von einer „Schule als Haus des Lernens“ entfernt als je zuvor.

Die angeblich notwendige Vereinheitlichung von Bildungsstandards und deren Internationalisierung hat den Druck, der durch den Bologna-Prozess in den Universitäten entstanden ist, ungefiltert an die Schulen weitergegeben. Es ist eine Schande, wie bereits Grundschüler mit „Wenn Du Abitur machen willst, dann musst Du ...“ geängstigt und unter Druck gesetzt werden.

[1] Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft. Denkschrift der Kommission "Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft" beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen. Luchterhand Verlag 1995

5. Sind das Fragen, die Sie sich stellen bzw. die für Sie relevant sind und welche dafür erforderlichen Meilensteine und Strukturen können heute schon gelegt und geschaffen werden? Wie z.B. wollen Sie das Bildungssystem so umbauen, dass bisher ungenutzte Potentiale, auch praktischer Fertigkeiten, genutzt werden können und das Sozialsystem so gestalten, dass es nicht ausschließt, sondern Partizipation fördert und soziale Kohäsion bewirkt?

Ja, wir stellen uns durchaus Fragen, die über die nächsten Jahre oder gar Jahrzehnte hinausgehen. Die fortschreitende Automatisierung und die Veränderungen der Demographie beschäftigen uns in Hinblick auf die Partizipation aller an der Gesellschaft. Die zentrale Herausforderung der Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen haben wir aufgenommen und als Antwort darauf das Bedingungslose Grundeinkommen gefunden. Dies ist unsere langfristige Vision zur Neugestaltung des gesamten Sozialsystems.